
26. Januar 2021

Ausgangslage:

Die deutsche Zellstoff- und Papierindustrie ist global ausgerichtet. Ein großer Teil der Produktion wird in Länder außerhalb der EU exportiert. Darüber hinaus werden Rohstoffe, die zur Produktion von Papier und Pappe benötigt werden, von außerhalb der EU importiert. Die deutsche Papierindustrie hat demzufolge ein starkes Interesse an einem liberalisierten und stabilen Welthandelssystem.

**Forderungen der Zellstoff- und Papierindustrie für den Industriestandort
Deutschland**

- Protektionismus muss bekämpft und Zölle sowie nicht-tarifäre Handelshemmnisse abgebaut werden. Die Unternehmen sind vor unfairen Handelspraktiken zu schützen. Handels- und Investitionsbeschränkungen gefährden einen freien und fairen Handel.
- Die WTO muss reformiert werden. Überwachungsmaßnahmen sollten gestärkt werden. Die Einführung eines Mechanismus zur Klärung nicht-tarifärer Handelshemmnisse ist anzustreben.
- Der Ausbau bilateraler Handelsabkommen ist zu befürworten. Weitere Freihandelsabkommen mit strategisch wichtigen Ländern sollten nicht-tarifäre und regulatorische Fragen sowie einheitliche Standards in den Fokus stellen.
- Es sind effektive Mechanismen zum Schutz von Auslandsinvestitionen zu entwickeln. Dadurch werden Märkte gesichert und die Rechtssicherheit erhöht.
- Der Bürokratieabbau in Europa muss vorangetrieben und die Rechtssetzung verbessert werden. Die Vorschläge der EU sollten künftig stärker auf deren

Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie geprüft werden.

- Handelspolitische Schutzinstrumente sind wirksam einzusetzen: effektive Antidumpingverfahren zum Schutz des europäischen Marktes vor unfairen Handelspraktiken. Subventionierte Staatsunternehmen verzerren den weltweiten Wettbewerb.
- Die negativen Folgen des BREXIT müssen minimiert werden. Für die meisten Unternehmen bedeutet das neue Freihandelsabkommen zusätzliche Bürokratie und unnötige Grenzformalitäten. Insbesondere ist die Sicherstellung fairer Wettbewerbsbedingungen zu fordern.
- Die extraterritoriale Anwendung von Sanktionen, wie aktuell der USA gegen den Iran, ist zu verurteilen. Unternehmen brauchen für ihre weltweiten Transaktionen verlässliche Regeln. Die Entscheidung der EU-Kommission, die sogenannte Blocking Regulation aus dem Jahr 1996 zu reaktivieren ist zwar politisch nachvollziehbar, könnte allerdings europäischen Unternehmen ggf. schaden.
- Die Verhängung von Strafzöllen zur Durchsetzung politischer Interessen, wie im Handelsstreit zwischen den USA und China, ist grundsätzlich abzulehnen. Dadurch wird die Welthandelsordnung empfindlich gestört. Negative Entwicklungen und die Umleitung von Handelsströmen, insbesondere auf den Rohstoffmärkten (Altpapier), sind die Folge.

Eine zukünftige Handelspolitik muss sich für einen freien und fairen Welthandel einsetzen. Protektionismus sollte bekämpft werden. Die Unternehmen müssen sich auf verlässliche Regeln und Rahmenbedingungen im internationalen Wettbewerb verlassen können. Unsicherheiten über die zukünftige außenwirtschaftliche Entwicklung hemmen die Planungs- und Investitionstätigkeit der Zellstoff- und Papierindustrie.